



Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte

Kreisverwaltungen

Gemeindeverwaltungen der
verbandsfreien Gemeinden

Verbandsgemeindeverwaltungen

DER STAATSSSEKRETÄR

Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz
Postfach 33 20
55023 Mainz
Telefon 06131 16-4304
Telefax 06131 16-4114
Ministerbuero@fm.rlp.de
www.fm.rlp.de

16. Oktober 2018

Mein Aktenzeichen
FG-403-13-06-01

E-Mail
Aktionsprogramm.Kommune@fm.rlp.de

Telefon
06131 16-4314

Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte/r Frau/Herr Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeister,
Sehr geehrte/r Frau/Herr Landrätin/Landrat,
Sehr geehrte/r Frau/Herr Bürgermeisterin/Bürgermeister,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass die Landesregierung ein Aktionsprogramm für kommunale Liquiditätskredite ab kommendem Jahr bis Ende 2028 durchführt. In Anbetracht eines auf Dauer zu erwartenden, wieder eher ungünstigen Zinsumfeldes an den Kreditmärkten für die öffentlichen Haushalte und vor dem Hintergrund zum Teil sehr hoch verschuldeter Städte und Kommunen in Rheinland-Pfalz wird die Landesregierung mit dem Aktionsprogramm unterstützend tätig.

Das Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite umfasst zwei voneinander getrennte Förderinstrumente: einen Zinssicherungsschirm (Zinshilfen)



sowie einen Stabilisierungs- und Abbaubonus (Tilgungshilfen). Mit dem Zinssicherungsschirm soll erreicht werden, dass die Kommunen einen Teil ihrer Liquiditätskredite, der kurz- und mittelfristig voraussichtlich nicht getilgt werden kann, mit dem aktuell niedrigen Zinsniveau absichern. Darüber hinaus will die Landesregierung mit dem Bonusprogramm weitere Anreize für die Stabilisierung und den Abbau von Liquiditätskrediten setzen. Eine große Anzahl von rheinland-pfälzischen Kommunen erhält bereits Zins- und Tilgungshilfen im Rahmen des seit 2012 bestehenden Kommunalen Entschuldungsfonds. Der Zinssicherungsschirm und das Bonusprogramm verstärken die Hilfen des Landes für eine begrenzte Anzahl von besonders hoch verschuldeten Städten, Kreisen, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden.

Das maßgebliche Bewertungskriterium für beide Förderinstrumente sind die Liquiditätskredite der Kernhaushalte der Kommunen beim nicht-öffentlichen Bereich. Auf dieser Grundlage wurden die teilnahmeberechtigten Kommunen vom Ministerium der Finanzen ermittelt, welche in beigefügtem Leitfaden aufgeführt sind.

Die konkreten Umsetzungsdetails zum Zinssicherungsschirm und Bonusprogramm wurden in diesem Leitfaden in der Fassung vom 5. Oktober 2018 festgehalten (Anlage 1). Der Leitfaden informiert über die Fördervoraussetzungen, die einzuhaltenden Fristen sowie über die Verfahrensschritte von der Teilnahmeerklärung bis zum Bewilligungsbescheid.

Ich möchte Sie im Besonderen auf die Fristen hinweisen, die für eine Förderung unter dem Aktionsprogramm wichtig sind: Sofern eine Kommune gemäß der Anlage zum Leitfaden teilnahmeberechtigt ist, ist dem Ministerium der Finanzen bis zum **1. März 2019** eine Teilnahmeerklärung für den Zinssicherungsschirm und das Bonusprogramm zu übermitteln. Voraussetzung für eine Förderung aus dem Zinssicherungsschirm ist, dass der Förderantrag zum gleichen Datum eingereicht wird. Der Förderantrag für das Bonusprogramm muss erst im darauffolgenden Jahr zum **1. März 2020** vorliegen.



Beim Zinssicherungsschirm sind für die Berechnung der Zinshilfen auf Grundlage der übermittelten kommunalen Liquiditätskreditportfolien zwei Stichtage von besonderer Bedeutung: **31. Dezember 2018** und **31. Dezember 2019**. Zinshilfen unter dem Zinssicherungsschirm sind möglich, wenn die im Kreditportfolio aufgeführten Liquiditätskredite den förderfähigen Zinsbindungsfristen entsprechen. Liquiditätskredite, deren Zinsbindungen mindestens bis zum Jahr 2025, 2026, 2027 und 2028 reichen, kommen für eine Förderung in Frage. Die Festlegungen zu den Fälligkeiten müssen vor den genannten Stichtagen erfolgt sein. Sofern einzelne Zinsperioden einzelner förderfähiger Kredite von einem ganzen Jahr abweichen, steht es im Ermessen der bewilligenden Stelle, dem Ministerium der Finanzen, bei der Berechnung der Förderbeträge einen Tageszähler anzuwenden, der die Länge der Zinsperiode erfasst.

Zum Zweck der Prüfung des förderfähigen Liquiditätskreditbestands in den kommunalen Portfolien muss das aktualisierte Liquiditätskreditportfolio dem Ministerium der Finanzen zum Stand 31. Dezember des Vorjahres **jährlich bis zum 1. März** übersendet werden.

Beim Stabilisierungs- und Abbaubonus prüft das Ministerium der Finanzen, sofern eine Teilnahmeerklärung und ein Förderantrag eingegangen sind, jährlich die in der amtlichen Statistik aufgeführten Werte zu den Liquiditätskrediten in der Abgrenzung des Leitfadens und entscheidet über die Möglichkeit zur Auszahlung eines Bonus. Für eine Förderung im Bonusprogramm ist ausschlaggebend, ob die im Leitfaden vorgegebenen Schuldenabbauschritte erfolgen.

Die für beide Förderabschnitte erforderlichen Teilnahmeerklärungen und Antragsformulare sind diesem Schreiben zu Ihrer Kenntnisnahme und Verwendung als Anlagen beigelegt.

Für Rückfragen zu den Fördervoraussetzungen und dem Ablauf des Aktionsprogramms stehen Ihnen die Referate 403 und 404 beratend zur Verfügung. Telefonische



Fragen bitten wir unter 06131-16 4314 zu stellen. Schriftliche Fragen richten Sie bitte an die E-Mail-Adresse „Aktionsprogramm.Kommune@fm.rlp.de“.

Die teilnahmeberechtigten Kommunen erhalten in Kürze eine Einladung für eine Informationsveranstaltung zum Aktionsprogramm. Darüber hinaus wurde auf der Homepage des Ministeriums der Finanzen eine Seite eingerichtet, auf der Sie alle wichtigen Unterlagen einsehen und herunterladen können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Weinberg

Anlagen

1. Leitfaden mit Liste der teilnahmeberechtigten Kommunen
2. Muster für Teilnahmeerklärung und Förderantrag



ZINSSICHERUNGSSCHIRM UND STABILISIERUNGS- UND ABBAU- BONUS 2019 – 2028

**Leitfaden für das Aktionsprogramm des Landes
für kommunale Liquiditätskredite
in Rheinland-Pfalz**

Fassung vom 5. Oktober 2018

Mit dem Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite unterstützt das Land Rheinland-Pfalz eine bestimmte Anzahl von Kommunen bei der Absicherung hoher Liquiditätskreditbestände und setzt Anreize zum verstärkten Abbau der hohen Schuldenstände. Das Aktionsprogramm beinhaltet zwei getrennte Förderabschnitte mit unterschiedlichem Teilnehmerkreis.

Zum einen können 94 Kommunen Zinshilfen im Rahmen des **Zinssicherungsschirms Rheinland-Pfalz** erhalten. Zum anderen können 52 besonders hoch verschuldete Kommunen im Rahmen des **Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz** Entschuldungshilfen in Form von Erfolgsboni beziehen, sofern der Abbau des Liquiditätskreditbestandes im vom Programm vorgegebenen Umfang erfolgt.

In beiden Förderprogrammen wird in 2028 die abschließende Förderung gezahlt. Zinshilfen werden erstmalig in 2019 und letztmalig in 2028 gezahlt. Entschuldungshilfen aus dem Stabilisierungs- und Abbaubonus kommen erstmalig in 2020 zur Auszahlung, letztmalig in 2028.

Die Ursachen der Verschuldungssituation der Kommunen in Rheinland-Pfalz sind vielfältig. Auch deshalb wurde in 2012 der Kommunale Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) eingeführt. Bis Ende 2026 sollen die kommunalen Liquiditätskredite sowie die daraus folgenden Zinslasten um bis zu 3,8 Mrd. Euro reduziert werden. Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds konnte der Anstieg der Liquiditätskreditbestände deutlich gedämpft werden.

In den kommunalen Haushalten besteht die Notwendigkeit, mit Liquiditätskrediten Zahlungsengpässe zu überbrücken. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 betrugen die kommunalen Liquiditätskredite inkl. Wertpapierkredite gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich bezogen auf die Kernhaushalte der Kommunen einen Gesamtbestand von 6,4 Mrd. Euro¹. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für die Haushalte der Kommunen stellen die Liquiditätskredite das ausschlaggebende Kriterium zur Gewährung von Hilfen im Rahmen des Aktionsprogramms des Landes, die über den KEF-RP hinausgehen, dar. Jede als teilnahmeberechtigt bestimmte Kommune entscheidet eigenverantwortlich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bis zum 1. März 2019, ob sie am Zinssicherungsschirm oder Bonusprogramm teilnehmen möchte.

Der Leitfaden ist gegliedert in Teil A (Zinssicherungsschirm), Teil B (Stabilisierungs- und Abbaubonus) und Teil C (Allgemeines). Er dient der Information über die Ermittlung der teilnahmeberechtigten Kommunen, der Fördervoraussetzungen und der einzuhaltenden Fristen sowie über die Verfahrensschritte von der Teilnahmeerklärung bis zum Bewilligungsbescheid mit dem Ziel einer einheitlichen Umsetzung.

¹ Endgültige Schuldenstatistik zum 31.12.2016, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.

Inhaltsverzeichnis

Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz (Teil A)	4
1. Verfahren	4
1.1 Zuweisungsempfänger	4
1.2 Art der Förderung	5
1.3 Verfahren und Fristen zur Beteiligung am Zinssicherungsschirm	5
1.4 Bezugsgrößen und technische Konstruktion des Zinssicherungsschirms	6
1.5 Verfahren für den laufenden Vollzug des Zinssicherungsschirms	8
1.5.1 Möglichkeit einer erhöhten Förderung ab dem Jahr 2020 (2. Förderjahr)	9
1.5.2 Förderung ab 2020, Ausscheiden aus dem Programm, Rückerstattung	10
1.5.3 Finanzierung des Zinssicherungsschirms	11
2. Gegenstand der Förderung	11
2.1 Förderfähige Liquiditätskredite und Wertpapierschulden	11
2.2 Bewertungseinheiten aus Kredit und Zinssatzswap	12
2.3 Selektive Anrechnung von Derivaten nach Verkündung des Programms	13
3. Fördervoraussetzungen und Portfolioanalyse	13
3.1 Einheitliches Schema für das Liquiditätskreditportfolio und Kreditverträge	13
3.2 Portfolioanalyse	13
4. Sonstiges	14
4.1 Bewilligende Stelle	14
4.2 Verkündungstag des Zinssicherungsschirms	14
Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz (Teil B)	15
1. Verfahren	15
1.1 Ermittlung der teilnahmeberechtigten Kommunen	15
1.2 Art der Förderung	16
1.3 Verfahren zur Beteiligung am Stabilisierungs- und Abbaubonus	16
1.4 Funktionsweise des Stabilisierungs- und Abbaubonus	16
1.5 Verfahren für den laufenden Vollzug des Stabilisierungs- und Abbaubonus	19
1.5.1 Die Höhe der Zuweisung	19
1.5.2 Finanzierung des Stabilisierungs- und Abbaubonus	20
2. Gegenstand der Förderung	20
3. Fördervoraussetzungen	20
4. Bewilligende Stelle	20

Allgemeines (Teil C)	21
1. Zuständigkeit.....	21
2. Haushaltsrechtliche Abwicklung	21
3. Gebietsänderungen.....	21
Anlagen	22

Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz (Teil A)

Vorwort

Das Land Rheinland-Pfalz bietet Kommunen mit hohen Beständen an Liquiditätskrediten finanzielle Beiträge zur Unterstützung der Zinsausgaben an, die für langfristige Zinsbindungen von Liquiditätskrediten anfallen. Damit wird eine Verringerung der kommunalen Zinsänderungsrisiken erreicht und ein Beitrag zur Verbesserung der mehrjährigen Planungssicherheit für die kommunalen Haushalte geleistet.

Die Unterstützung des Landes erfolgt vor dem Hintergrund der aktuellen Niedrigzinsphase. Für den Teil des Liquiditätskreditbestandes, den die Kommunen ohnehin nur mittel- und langfristig tilgen werden, können sie für längere Laufzeiten Festzinsen auf sehr niedrigem Niveau vereinbaren. Mit dem **Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz** beabsichtigt das Land, Mehraufwendungen der Kommunen, die bereits längere Zinsbindungen eingegangen sind oder noch eingehen werden, zu fördern, um in der günstigen Zinsphase die Präferenz für die Minderung von Zinsänderungsrisiken in kommunalen Haushalten anzuerkennen und zu unterstützen.

Der Zinssicherungsschirm ist gezielt auf Liquiditätskredite und Wertpapierschulden gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich ausgerichtet. Für diese Fokussierung des Zinssicherungsschirms ist von Bedeutung, dass es sich bei den – davon abzugrenzenden – Liquiditätskrediten gegenüber dem öffentlichen Bereich (insbesondere solchen im Rahmen der Einheitskasse) um rein interkommunale Sachverhalte handelt. Bei Krediten zwischen Gemeinden besteht kein Zinsänderungsrisiko gegenüber Banken. Gemäß dieser Abgrenzung sind Ortsgemeinden im Aktionsprogramm nicht selbstständig teilnahmeberechtigt.

1. Verfahren

1.1 Zuweisungsempfänger

Empfänger von Zuweisungen unter dem Zinssicherungsschirm können die in **Anlage 1** aufgeführten kommunalen Gebietskörperschaften sein.

Eine Kommune gilt als teilnahmeberechtigt, sofern ihr ein positives gesamtes förderfähiges Kreditvolumen („Kreditdeckel“) zugewiesen werden kann, das sich wie folgt ermittelt:

$$\begin{aligned}
 & \text{Bestand an Liquiditätskrediten zum 31.12.2016}^1 \\
 & \text{./. rechnerischer Restbestand KEF-RP zum 31.12.2018}^2 \\
 & \text{./. } G^3 \cdot \text{Einwohner} \\
 & \hline
 & = \text{Gesamtes förderfähiges Kreditvolumen („Kreditdeckel“)}
 \end{aligned}$$

Fußnoten:

1. Liquiditätskredite inkl. Wertpapierkredite des Kernhaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich, Endgültige Schuldenstatistik zum 31.12.2016, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.
2. Rechnerischer Restbestand KEF-RP = $8/15 \cdot$ individueller Anfangsbestand KEF-RP; d.h. der individuelle Anfangsbestand wird pauschal um eine Tilgung von $7/15$ gekürzt (KEF-RP = Kommunaler Entschuldungsfonds-RP). Der Pauschalabzug soll eine Doppelförderung aus dem Landeshaushalt vermeiden. Die KEF-RP-Zuweisungen berücksichtigen einen Kreditzins i. H. v. 3 %. Der Pauschalabzug wird bei denjenigen Kommunen entsprechend verringert, die dem KEF-RP später als zum 1. Januar 2012 beigetreten sind. Für Kommunen, die nicht am KEF-RP teilnehmen, gilt: Rechnerischer Restbestand KEF-RP = 0.
3. G = Gewichtungsfaktor zur Relativierung des Liquiditätskreditbestands nach Körperschaftsgruppen: G = 490 €/EW für kreisfreie Städte, G = 225 €/EW für Landkreise, G = 265 €/EW für verbandsfreie Gemeinden, große kreisangehörige Städte und Verbandsgemeinden. Dieser „Einwohner-Sockel“ wird als Selbstbehalt einer Kommune in Abzug gebracht. Maßgeblich ist die Zahl der Einwohner zum 30.06.2016.

Berechtigte Kommunen haben die Möglichkeit, durch Erfüllung der in diesem Leitfaden genannten Bedingungen Zinshilfen im Rahmen des Zinssicherungsschirms Rheinland-Pfalz zu erhalten.

1.2 Art der Förderung

Zuweisungen werden in Form von Zinshilfen für förderfähige Liquiditätskredite und Bewertungseinheiten gemäß diesem Leitfaden (Nr. 2.1 und 2.2) gewährt.

Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung von Zuweisungen für Zinshilfen besteht nicht. Das Ministerium der Finanzen als bewilligende Stelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen dieses Leitfadens.

1.3 Verfahren und Fristen zur Beteiligung am Zinssicherungsschirm

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entscheiden die teilnahmeberechtigten Kommunen unter Beachtung der kommunalverfassungs- und gemeindehaushaltsrechtlichen Grundsätze eigenverantwortlich über eine Teilnahme am Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz. Bei einem unausgeglichenen Haushalt gebietet § 93 Abs. 4 GemO, alle in Betracht kommenden Maßnahmen zu ergreifen, um den Haushaltsausgleich baldmöglichst zu erreichen. Hierzu zählt auch die Teilnahme am Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite. Dies ist bei der Ausübung des gemeindlichen Ermessens im Rahmen der Teilnahmeentscheidungen zu beachten.

Zur Beteiligung am Zinssicherungsschirm übermittelt eine teilnahmeberechtigte Kommune dem Ministerium der Finanzen bis zum **1. März 2019** ihre Teilnahmeerklärung.

Kommunen, die zum **31. Dezember 2018** noch keine geeigneten Kredite mit förderfähiger Zinsbindungsfrist im Portfolio haben, müssen ihre gültige Teilnahmeerklärung ebenfalls bis zum **1. März 2019** einreichen, sofern sie in 2019 Umstrukturierungen im Portfolio planen, die ab 2020 zur Bewilligung von Zuweisungen für Zinshilfen führen sollen.

Für die Berechnung der Zinshilfen auf Grundlage der kommunalen Liquiditätskreditportfolien sind im Zinssicherungsschirm zwei Stichtage von besonderer Relevanz: 31. Dezember 2018 sowie 31. Dezember 2019. Die zu diesen beiden Stichtagen vorliegenden Liquiditätskredite sind, unter Berücksichtigung der in Ziffer 1.5.2 dargelegten Sachverhalte, maßgeblich für die Höhe der Zinszuschüsse.

1.4 Bezugsgrößen und technische Konstruktion des Zinssicherungsschirms

Die Zuweisungen im Rahmen des Zinssicherungsschirms sind ein Beitrag des Landes zu den kommunalen Zinsausgaben für Liquiditätskredite mit Zinsbindungen bis mindestens 2025, welche die Kriterien nach **Nr. 2** erfüllen und innerhalb der Obergrenzen dieses Programms liegen. Die Funktionsweise beruht insgesamt auf vier Fälligkeitskategorien. Im ersten Schritt wird mit drei Fälligkeitskategorien begonnen. Die vierte Kategorie wird als Auffangkategorie angehängt. Die Funktionsweise wird nun im Folgenden beschrieben.

Für jede teilnahmeberechtigte Kommune gilt eine Obergrenze („Kreditdeckel“) für das gesamte förderfähige Kreditvolumen (vgl. **Anlage 1**). Der Kreditdeckel wird in drei **gleichgroße** Kontingente geteilt und den folgenden Fälligkeitskategorien zugeordnet:

- a) Geeignete Kredite mit Zinsbindungen, die frühestens **2028** enden
- b) Geeignete Kredite mit Zinsbindungen, die frühestens **2027** enden
- c) Geeignete Kredite mit Zinsbindungen, die frühestens **2026** enden.

Für jede Kommune werden diesen Fälligkeitskategorien geeignete Kredite zugeordnet. Dazu ist eine Auswertung der kommunalen Liquiditätskreditportfolien notwendig. Das Kontingent jeder Fälligkeitskategorie, das einem Drittel des Kreditdeckels entspricht, begrenzt die nominale Kreditsumme, die innerhalb einer Kategorie höchstens gefördert werden kann.

Sofern das Kontingent einer Fälligkeitskategorie zu klein ist, um alle geeigneten Kredite aufzunehmen, laufen Kredite oberhalb des Kontingents in die nächste geeignete Fälligkeitskategorie über (Top-Down-Verfahren) und tragen dazu bei, das Kontingent dieser nächsten Kategorie zu füllen:

Das Top-Down-Verfahren beginnt damit, der Fälligkeitskategorie 2028 geeignete Kredite zuzuordnen. Kredite oberhalb des Kontingents laufen in die Fälligkeitskategorie 2027 über und ergänzen Zinsbindungen bis 2027. Im nächsten Schritt werden

geeignete Kredite, die das Kontingent der Fälligkeitskategorie 2027 übersteigen, in die Kategorie 2026 übertragen, um dort die Zinsbindungen bis 2026 zu verstärken.

Jeder Fälligkeitskategorie können folglich Zinsbindungen zugeordnet werden, die länger sind als es der Mindestanforderung einer Fälligkeitskategorie entspricht.

Es ist auch denkbar, dass die Kontingente der Fälligkeitskategorien 2026, 2027 und 2028 nicht vollständig mit geeigneten Krediten belegt werden und ungenutzte Kapazitäten („Reste“) entstehen. In diesem Fall laufen solche Reste nicht als Kaskade von einer Fälligkeitskategorie in die nächste über. Stattdessen werden die gesamten Reste aus den drei Fälligkeitskategorien zunächst der Auffangkategorie zugeordnet, die

d) Geeignete Kredite mit Zinsbindungen, die frühestens **2025** enden,

aufnimmt. Diese in die Kategorie 2025 überlaufenden Reste werden gekappt, sobald sie ein Drittel des Kreditdeckels betragen oder in Summe mit den Krediten, die zu diesem Zeitpunkt bereits in die anderen Förderkategorien eingeordnet worden sind, den Kreditdeckel erreichen. Die Kappung erfolgt bei dem jeweils niedrigeren Wert. Das auf diese Weise entstehende Kontingent der Fälligkeitskategorie 2025 ist variabel, aber höchstens so groß wie das Kontingent der anderen einzelnen Fälligkeitskategorien.

Neben den Kreditsummen, die den einzelnen Fälligkeitskategorien im Rahmen der Obergrenzen tatsächlich zugeordnet werden, bestimmen die Fördersätze die Höhe der Zuweisung für Zinshilfen. Die Fördersätze steigen mit der Zinsbindungsfrist von Kategorie zu Kategorie an, um höheren Zinsausgaben, die im Normalfall aus längeren Zinsbindungen resultieren, Rechnung zu tragen. Folglich richtet sich der Fördersatz für einen förderbaren Kredit nach der Fälligkeitskategorie, die diesem Kredit zugeordnet ist, und nicht nach der tatsächlichen Zinsbindungsfrist des Kredits.

Die folgende Tabelle ordnet den Fälligkeitskategorien, die durch die Mindestreichweite der geforderten Zinsbindung gekennzeichnet sind, die Kontingente und Fördersätze zu:

Fälligkeitskategorie: Zinsbindung mindestens bis	Kontingent: Anteil am Kreditdeckel	Fördersatz:
2028	1/3	0,65 %
2027	1/3	0,50 %
2026	1/3	0,35 %
2025	Reste der Kategorien 2026 bis 2028, aber maximal 1/3	0,20 %

Die jährliche Zuweisung für Zinshilfen, die eine Kommune im Rahmen des Zinssicherungsschirms erhält, wird berechnet, indem die Kreditsumme jeder Förderkategorie zum Jahresende mit dem jeweiligen Fördersatz der Förderkategorie multipliziert wird und die Teilergebnisse zum Zinszuschuss addiert werden.

1.5 Verfahren für den laufenden Vollzug des Zinssicherungsschirms

Nachdem eine teilnahmeberechtigte Kommune gegenüber dem Ministerium der Finanzen

- einmalig ihre gültige Teilnahmeerklärung für den Zinssicherungsschirm bis zum **1. März 2019** erklärt hat,
- reicht sie zusätzlich bis zum **1. März 2019 einmalig** einen Antrag auf Gewährung einer Zuweisung unter dem Zinssicherungsschirm beim Ministerium der Finanzen ein. Diesem Antrag ist der Stand des Liquiditätskreditportfolios zum **31. Dezember 2018** unter Verwendung eines einheitlichen Schemas beizufügen.
- übersendet sie dem Ministerium der Finanzen **jährlich bis zum 1. März** ihr aktualisiertes Liquiditätskreditportfolio zum Stand 31. Dezember des Vorjahres. Die/der verantwortliche Landrätin/Landrat, Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeister, Bürgermeisterin/Bürgermeister bestätigt mit der elektronischen Übermittlung per Unterschrift, dass die bereits als förderfähig deklarierten Kredite nach wie vor im Portfolio vorhanden sind. Änderungen im Bereich der förderfähigen Kredite sollen über einen Kommentar kenntlich gemacht werden.

Auf dieser Grundlage wird über das Top-Down-Verfahren (siehe Ziff. 1.4) die Höhe der förderbaren Kredite und unter Anwendung der Fördersätze die Höhe der Zuweisung ermittelt.

Das Ministerium der Finanzen teilt jeder Kommune jährlich ab **15. September** durch Bewilligungsbescheid die Höhe der Zuweisungen für Zinshilfen mit. Die Auszahlungen der Zuweisungen für Zinshilfen erfolgen jährlich ab dem **15. Oktober**, spätestens zum Jahresende. Sofern das Liquiditätskreditportfolio zum zweiten Stichtag, dem 31. Dezember 2019, innerhalb der förderbaren Kategorien angepasst wurde, gehen diese Änderungen in den neuen Bewilligungsbescheid für die Zinshilfe in 2020 ein.

Bei Zinshilfen an Verbandsgemeinden, die zur Finanzierung der Einheitskasse möglicherweise Liquiditätskredite beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommen haben, ist Folgendes zu beachten: Verbands- und Ortsgemeinden sollen einen Ausgleich über die Verteilung des Zinszuschusses finden, der sich an dem Ausmaß orientiert, in dem Liquiditätskredite gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich auf die einzelnen Ortsgemeinden zurückzuführen sind.

Die Abwicklung des Zinssicherungsschirms erfolgt durch die bewilligende Stelle (vgl. Nr. 4.1). Die Übermittlung von Schriftstücken und Dokumenten im elektronischen Schriftverkehr (E-Mail, PDF und Excel) ist hinreichend.

1.5.1 Möglichkeit einer erhöhten Förderung ab dem Jahr 2020 (2. Förderjahr)

Die Kommunen, die bereits im Jahr 2018 förderfähige Liquiditätskredite einzelnen Fälligkeitskategorien zuordnen, deren Kontingente aber nicht gänzlich ausschöpfen konnten, können unter Umständen über die laufende Aufnahme von Liquiditätskrediten im Jahr 2019 die Höhe der Zuweisungen für Zinshilfen ab dem Jahr 2020 nochmals erhöhen. Das Liquiditätskreditportfolio zum 31. Dezember 2019 ist folglich bis zum Programmende 2028 für die Höhe der Hilfen ab 2020 ausschlaggebend.

Eine Erhöhung der Zinshilfen ab 2020 setzt voraus, dass zu Beginn des Jahres 2019 der Kreditdeckel für die förderbaren Kredite nicht erreicht war bzw. ungenutzte Kontingente in den Kategorien 2028, 2027, 2026 vorzufinden sind bzw. Umschichtungen von der Kategorie 2025 in eine der anderen drei Kategorien möglich sind. Durch die Belegung solcher Reste im Jahr 2019 kann bis zum Erreichen des Kreditdeckels die Zuweisung für Zinshilfen, die ab 2020 ausgezahlt wird, erhöht werden.

Nach 2019 entfällt die Möglichkeit, die Zinszuschüsse zu erhöhen. Es ist allerdings zu beachten, dass sich die Zuweisungen nach 2019 verringern können, sofern förderfähige Kredite aus dem Liquiditätskreditportfolio entfallen.

Die größten positiven Effekte auf die Höhe der Zuweisung erzielt eine Kommune, der es in 2019 gelingt, Restkontingente in den Fälligkeitskategorien 2026, 2027 und 2028 vollständig zu belegen. Sie erfährt den Vorteil, der mit den höheren Fördersätzen verbunden ist.

Alternativ und ergänzend können Restkontingente in der Kategorie 2025 belegt werden. Im Zusammenspiel der vier Fälligkeitskategorien gilt:

Solange der Kreditdeckel nicht erreicht ist, können in 2019 neue geeignete Liquiditätskredite in jede der vier Kategorien eingeliefert werden, die ein freies Kontingent besitzt. Sobald der Kreditdeckel erreicht ist, führt ein weiteres Auffüllen freier Kontingente in den Kategorien 2026, 2027 und 2028 dazu, dass ein gleichgroßer Kreditbetrag aus der Kategorie 2025 herausgenommen wird. Sollen hingegen Reste in der Kategorie 2025 aufgefüllt werden, so muss nach Erreichen des Kreditdeckels auf die Förderung eines gleichgroßen Kreditbetrags aus einer der anderen Kategorien verzichtet werden.

Die in 2019 abgeschlossenen neuen Liquiditätskredite finden Eingang in die Portfoliomeldung zum zweiten Stichtag, den 31. Dezember 2019. Bei der Neufestsetzung der Förderbeträge werden diese Änderungen beachtet.

1.5.2 Förderung ab 2020, Ausscheiden aus dem Programm, Rückerstattung

Die in 2020, im 2. Förderjahr, festgestellte Zuweisung für Zinshilfen kann sich daran anschließend in den Folgejahren nicht mehr erhöhen. Da die Zuweisungen auf Ebene der Kategorien 2025 bis 2028 berechnet werden und nach Erreichen der Laufzeitbegrenzung einer Fälligkeitskategorie entfallen, reduzieren sich die Zuweisungen ab dem Jahr 2026 in jedem Jahr um den Betrag, der aus der dann geschlossenen Kategorie gezahlt wurde. Letztmalig können Zuweisungen für Zinshilfen im Jahr 2028 ausgezahlt werden.

Ferner verringern sich die Zuweisungen nach 2020 nur dann, wenn

- förderbare Kredite und Bewertungseinheiten aus dem Portfolio zum 31. Dezember 2019 entfallen, die zu einer ungünstigen Änderung in der Belegung der Fälligkeitskategorien führen.

Sobald eine Portfoliomeldung ab dem 31. Dezember 2020 Änderungen der Bestände geeigneter Kredite und Bewertungseinheiten (vgl. Nr. 2), die bereits im Liquiditätskreditportfolio zum 31. Dezember 2019 vorhanden waren, zeigt, wird das Portfolio, dass zum 31. Dezember 2019 eingereicht wurde, entsprechend angepasst und auf Grundlage dieses geänderten Portfolios die Höhe der zukünftigen Zuweisung neu ermittelt. In diesem Zusammenhang kann sich die Zuweisung reduzieren.

Dennoch muss nicht jede nachträgliche Änderung diese Konsequenz haben, sofern das Portfolio zum 31. Dezember 2019 hinreichend große Bestände an geeigneten Krediten und Bewertungseinheiten aufweist, mit denen solche Änderungen in den Fälligkeitskategorien aufgefangen werden.

- Kommunen aus dem Zinssicherungsschirm ausscheiden, indem sie kein aktualisiertes Portfolio bis zum 1. März eines Jahres vorlegen.

Nach dem Ausscheiden kann eine Kommune nicht mehr unter dem Zinssicherungsschirm aufgenommen und gefördert werden. Ab dem Jahr, in dem kein aktualisiertes Portfolio fristgerecht eingereicht wird, wird keine Zuweisung für Zinshilfen mehr gewährt. Bereits ausgezahlte Zuweisungen der Vorjahre werden vom Land nicht zurückgefordert.

Werden Zuweisungen auf Grundlage irrtümlicher oder falscher Meldungen des Liquiditätskreditportfolios ausgezahlt, ist die Kommune zur Rückerstattung der erhaltenen Zuweisungen verpflichtet, soweit diese bei korrekter Meldung nicht zu gewähren gewesen wären. Die bewilligende Stelle kann solche Beträge mit sonstigen regelgemäßen Zuweisungen unter dem Zinssicherungsschirm verrechnen.

1.5.3 Finanzierung des Zinssicherungsschirms

Die Finanzierung des Zinssicherungsschirms erfolgt jeweils hälftig aus Landesmitteln und dem kommunalen Finanzausgleich.

2. Gegenstand der Förderung

Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich darüber, ob ein mit längerer Zinsbindungsfrist belegter Liquiditätskredit dem Bestand zuzurechnen ist, der während der Programmlaufzeit oder darüber hinaus voraussichtlich nicht getilgt werden kann.

2.1 Förderfähige Liquiditätskredite und Wertpapierschulden

Förderfähig sind bis zum Erreichen des „Kreditdeckels“

- a) Liquiditätskredite und Wertpapierschulden des kommunalen Kernhaushalts gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich,
- b) deren Nominalbeträge insgesamt erst am Fälligkeitstag zurückgezahlt werden (Endfälligkeit) und
- c) für die während der gesamten Kreditlaufzeit Festzinsvereinbarungen gelten, die frühestens im Jahr 2025 fällig werden.

Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten bzw. nominalen Bezugsgrößen.

„*Prolongation*“: Festzinsvereinbarungen laufender Kredite können über Forwarddarlehen verlängert werden, um den förderfähigen Laufzeitenbereich ab 2025 zu erreichen. Dies setzt voraus, dass beide Kredite die sonstigen Förderkriterien erfüllen und die Auszahlung des Forwarddarlehens an dem Fälligkeitstermin des laufenden Kredits anschließt.

„*Kündigungs- und Wandlungsrechte* in einem festverzinslichen Kredit“: Besitzen *Gläubiger* das Recht zur vorzeitigen Beendigung durch Kündigung oder Wandlung in einen variablen oder strukturierten Zinssatz, wird die Zinsbindung des Kredits bis zu dem Termin gemessen, an dem die Ausübung des vorzeitigen Rechts wirksam werden würde.

Gleiches gilt für Wandlungsrechte auf Seiten des *Schuldners* (Kommune), die in einen variablen oder strukturierten Zinssatz resultieren.

Kündigungsrechte des Schuldners (Kommune) bleiben bei der Bemessung der Zinsbindungsfrist unbeachtet. Als Fälligkeitstermin gilt das Datum, zu dem der Kredit ohne Ausübung des Rechts zurückgezahlt wird (*Nichtanrechnung des Kündigungsrechts*). Kommunen sind jedoch verpflichtet, diese vorzeitig beendeten Kredite inner-

halb von 2 Monaten durch festverzinsliche Kredite zu ersetzen, mit denen die Fördervoraussetzungen wieder hergestellt werden.

„*Sonstige Strukturen*“: Sonstige strukturierte Zinsvereinbarungen sind nicht förderfähig.

2.2 Bewertungseinheiten aus Kredit und Zinssatzswap

Förderfähig sind bis zum Erreichen des „Kreditdeckels“ Bewertungseinheiten aus Zinssatzswap und Kredit, in denen

- d) die Festzinsvereinbarung, die frühestens im Jahr 2025 endet, während der gesamten Laufzeit über den Zinssatzswap hergestellt wird und
- e) die Kredite nach den sonstigen Kriterien unter Nr. 2.1 förderfähig sind.

Ferner müssen in einer Bewertungseinheit die Zahlungstermine zwischen Kredit und Zinssatzswap die erforderliche Konnexität aufweisen und der Zinssatzswap vor dem Verkündungstag des Programms (31. Dezember 2018) vereinbart worden sein. Derivate, die nach dem 31. Dezember 2018 vereinbart werden, sind unter dem Zinssicherungsschirm nicht anrechnungsfähig.

Zinssatzswaps können mit Krediten kürzerer Laufzeit unterlegt werden, da die Anforderung an die Zinsbindungsfrist über den Zinssatzswap erfüllt werden. Die Kommunen haben dafür Sorge zu tragen, dass geförderte Swaps bis zum Ende der Förderung zeitlich lückenlos mit geeigneten Krediten in erforderlicher Höhe (Nominalbetrag) unterlegt sind. Die Kommunen tragen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die verbundenen Liquiditäts- und Spreadrisiken.

„*Prolongation*“: Bis zum Verkündungstag können Zinsbindungen über einen Forwardswap verlängert werden, sofern der Starttermin des Forwardswaps mit dem Beendigungstag des auslaufenden Swaps zusammenfällt. Die Bedingungen für „Bewertungseinheiten“ sind zu beachten. Eine Verlängerung der Zinsbindungsfrist über einen Forwardswap nach dem Verkündungstag des Programms ist nicht förderfähig.

„*Kündigungs- und Wandlungsrechte in Festzinsvereinbarungen*“: Besitzen *Gläubiger* (Gegenparteien der Kommune) in einer Bewertungseinheit das Recht zur vorzeitigen Beendigung einer Festzinsvereinbarung durch Kündigung oder Wandlung in einen variablen oder strukturierten Zinssatz, gilt der Termin, zu dem eine Kündigung oder Wandlung bei Ausübung wirksam werden würde, als Enddatum für die Zinsbindung.

Gleiches gilt für Wandlungsrechte auf Seiten des *Schuldners* (der Kommune), die in einen variablen oder strukturierten Zinssatz resultieren.

Kündigungsrechte der Kommunen bleiben bei der Bemessung der Zinsbindungsfrist unbeachtet. Als Fälligkeitstermin gilt das Datum, zu dem die Bewertungseinheit ohne Ausübung des Rechts zurückgezahlt wird (*Nichtanrechnung des Kündigungsrechts*). Die Kommunen sind jedoch verpflichtet, diese vorzeitig beendete Bewertungseinheit

innerhalb von 2 Monaten durch festverzinsliche Kredite zu ersetzen, mit denen die Fördervoraussetzungen wiederhergestellt werden. Ein Ersatz durch eine neue Bewertungseinheit unter Verwendung eines Derivats ist nicht förderfähig.

„*Sonstige Strukturen*“: Bewertungseinheiten mit strukturierten Zinsvereinbarungen sind nicht förderfähig.

2.3 Selektive Anrechnung von Derivaten nach Verkündung des Programms

Nach dem Verkündungstag des Programms, dem 31. Dezember 2018, haben nur noch solche Derivate Einfluss auf die Beurteilung der Förderfähigkeit einer Bewertungseinheit, die eine Verkürzung von Zinsbindungsfristen bewirken. Ein Kredit oder eine Bewertungseinheit kann dadurch seine Förderfähigkeit einbüßen.

3. Fördervoraussetzungen und Portfolioanalyse

3.1 Einheitliches Schema für das Liquiditätskreditportfolio und Kreditverträge

Unter Ziffer 1 sind die formalen Voraussetzungen zur Teilnahme am Zinssicherungsschirm beschrieben.

Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass die Liquiditätskreditportfolien einschließlich verbundener Derivate jeweils zum **31. Dezember** unter Verwendung des **einheitlichen Schemas** zu erfassen sind. Dieses einheitliche Schema wird bis zum 31. Dezember 2018 mit den förderberechtigten Kommunen abgestimmt. Die Meldung des Liquiditätskreditportfolios umfasst darüber hinaus die Vorlage der Vertragsunterlagen zu den Einzelpositionen (Kredite und Derivate) in Kopie.

Nach der ersten Portfoliomeldung mit Stand zum 31. Dezember 2018 können die nachfolgenden Meldungen jeweils zum 31. Dezember als Aktualisierung auf Basis des einheitlichen Schemas erfolgen. Die Vertragsunterlagen neuer Geschäfte sind der Meldung beizufügen, beendete oder gewandelte Geschäfte sind zu kennzeichnen.

Die jährliche Vorlage des Liquiditätskreditportfolios dient dem Nachweis über die Erfüllung der Fördervoraussetzungen und zur Analyse des Portfolios.

3.2 Portfolioanalyse

Die Liquiditätskreditportfolien werden in anonymisierter und aggregierter Form ausgewertet und die Ergebnisse den teilnehmenden Kommunen zur Verfügung gestellt.

Mit der Teilnahmeerklärung willigt die Kommune in die Verwendung der Daten im Rahmen einer Portfolioauswertung, ggf. mit wissenschaftlicher Begleitung, ein. Die Portfoliomeldungen der Kommunen werden vom Land ausschließlich zur Auswertung für den Zinssicherungsschirm und zur Portfolioanalyse verwendet. Sofern Dritte an der Portfolioauswertung beteiligt sind, werden die Daten anonymisiert oder die Dritten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Die erste Portfolioauswertung erfolgt im Jahr 2019. Sofern die Mehrzahl der Kommunen kein weitergehendes Interesse an der Auswertung haben sollte, wird in Rücksprache mit den interessierten Kommunen über eine Fortsetzung der Portfolioanalyse entschieden. Das Ministerium der Finanzen wird diese Abstimmung mit den beteiligten Kommunen suchen und nach eigenem Ermessen entscheiden.

4. Sonstiges

4.1 Bewilligende Stelle

Die Portfoliomeldungen werden zusammen mit den Vertragskopien bis zum 1. März des Folgejahres per E-Mail an das Ministerium der Finanzen (Kontakt: Aktionsprogramm.Kommune@fm.rlp.de) übermittelt.

4.2 Verkündungstag des Zinssicherungsschirms

Als Tag der Verkündung für den Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz gilt der **31. Dezember 2018**.

Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz (Teil B)

Vorwort

Das Land Rheinland-Pfalz bietet vorrangig Kommunen, die am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) teilnehmen und hohe Bestände an Liquiditätskrediten aufweisen, ergänzende Entschuldungshilfen (Boni) zur Unterstützung ihrer Erfolge bei der Stabilisierung und dem Abbau dieser Verbindlichkeiten an. Der Bonus soll erfolgreiche Eigenanstrengungen beim Schuldenabbau von besonders betroffenen Kommunen anerkennen und unterstützen. In begrenztem Umfang sind darüber hinaus Kommunen teilnahmeberechtigt, die nicht Teilnehmer am KEF-RP sind.

Der **Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz** nimmt nur die in der Statistik aufgeführten Liquiditätskredite und Wertpapierschulden der kommunalen Kernhaushalte gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich in die Betrachtung. Das Bonusprogramm ist neben dem KEF-RP ein eigenständiges Förderprogramm mit anderen Fördervoraussetzungen.

1. Verfahren

1.1 Ermittlung der teilnahmeberechtigten Kommunen

Empfänger von Zuweisungen für Entschuldungshilfen im Rahmen des Förderabschnitts zum Stabilisierungs- und Abbaubonus können die in **Anlage 2** aufgeführten kommunalen Gebietskörperschaften sein.

Eine Kommune gilt als antragsberechtigt für das Bonusprogramm, sofern ihr Bestand an Liquiditätskrediten (endgültige Schuldenstatistik zum 31.12.2016, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz) folgenden, nach Gebietskörperschaftsgruppen differenzierten, Sockelbetrag überschritten hat. Maßgeblich ist die Zahl der Einwohner zum 30.06.2016:

Gebietskörperschaft	Sockelbetrag
Kreisfreie Städte	1.500 Euro je EW
Landkreise	690 Euro je EW
verbandsfreie Gemeinden, große kreisangehörige Städte, Verbandsgemeinden	810 Euro je EW

Antragsberechtigte Kommunen (im Folgenden: „Bonus-Kommunen“) haben die Möglichkeit, durch Erfüllung der in diesem Leitfaden genannten Bedingungen, Unterstützungen unter dem Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz zu erhalten.

1.2 Art der Förderung

Zuweisungen werden in Form eines Stabilisierungs- und Abbaubonus (im Folgenden: „Bonus“) für den Nichtaufwuchs und den Abbau von Beständen an Liquiditätskrediten gemäß der unter 1.1 genannten statistischen Abgrenzung gewährt.

Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung von Zuweisungen für Entschuldungshilfen (Bonus) besteht nicht. Die bewilligende Stelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen dieses Leitfadens.

1.3 Verfahren zur Beteiligung am Stabilisierungs- und Abbaubonus

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entscheiden die vom Ministerium der Finanzen festgelegten Bonus-Kommunen (**Anlage 2**) unter Beachtung der kommunalverfassungs- und gemeindehaushaltsrechtlichen Grundsätze eigenverantwortlich über eine Teilnahme am Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz.

Zur Beteiligung am Stabilisierungs- und Abbaubonus übermittelt eine Bonus-Kommune dem Finanzministerium **einmalig** eine Erklärung zur Teilnahme am Bonusprogramm bis zum **1. März 2019**.

Eine Bonus-Kommune, die zum 1. März 2019 noch keine gesicherte Aussage zur Erfüllbarkeit der Bedingungen unter dem Bonusprogramm abgeben kann, muss ebenfalls bis zum 1. März 2019 eine gültige Teilnahmeerklärung einreichen, sofern sie nicht auf die Möglichkeit verzichten möchte, zu späteren Zeitpunkten während der Programmlaufzeit einen Bonus erhalten zu können.

1.4 Funktionsweise des Stabilisierungs- und Abbaubonus

Die Bonuszahlungen unter dem Bonusprogramm stellen einen Beitrag zur Stabilisierung und zum Abbau der Liquiditätskredite in den Bonus-Kommunen dar. Das Land erkennt damit die Erfolge der Eigenanstrengungen von Bonus-Kommunen an und will diese verstärken. Das Maß, an dem der Schuldenabbau einer Kommune gemessen wird, leitet sich von einem standardisierten jährlichen „Abbauschritt je Einwohner“ ab, der nach Gebietskörperschaftsgruppen gestaffelt ist:

Gebietskörperschaft	Abbauschritt
Kreisfreie Städte	50 Euro je EW
Landkreise	23 Euro je EW
Verbandsfreie Gemeinden, große kreisangehörige Städte, Verbandsgemeinden	27 Euro je EW

Der Höhe nach beträgt der Stabilisierungs- und Abbaubonus („**voller Bonus**“) **zehn Prozent (10 %)** der KEF-Zuweisung an eine Kommune, aber **mindestens 4 %** des individuellen Abbauschritts. Als Zuweisung unter dem KEF-RP gilt der Drittelbetrag, der über den kommunalen Finanzausgleich ausgezahlt wird, zuzüglich des Drittelanteils, der den Landesanteil beschreibt. Ein „**halber Bonus**“ beläuft sich auf **50 %** des vollen Bonus. Der für jede Bonus-Kommune ermittelte volle bzw. halbe Bonus in Euro kann **Anlage 2** entnommen werden.

Sofern eine kreisfreie Beispielstadt mit 100.000 Einwohnern ihren Liquiditätskreditbestand gegenüber dem Vorjahr um 5.000.000 Euro (Abbauschritt = 50 €/EW x 100.000 EW) reduziert, kann sie eine Bonuszahlung in Höhe von 10 % der jährlichen KEF-Zuweisung erhalten. Beträgt die KEF-Zuweisung 8.000.000 Euro p.a., dann beläuft sich der Bonus auf 800.000 Euro.

Ausgangspunkt für die Bewertung des Schuldenabbaus einer Bonus-Kommune ist der Liquiditätskreditbestand zum 31. Dezember 2016 gemäß endgültiger Schuldenstatistik (vgl. Nr. 1.1). Für eine erste Auszahlung im Jahr 2020 ist damit entscheidend, in welcher Höhe die Liquiditätskredite bis zum Stichtag 31. Dezember 2019 reduziert wurden. Für die folgenden Förderjahre wird jeweils das Vorjahr herangezogen.

In einigen Kommunen sind die KEF-Zuweisungen, basierend auf dem für den KEF-RP maßgeblichen Schuldenstand, so gering, dass ein davon abgeleiteter 10 %-Anteil im Verhältnis zum individuell zu erbringenden Abbauschritt als zu geringfügig eingestuft wird. In diesen Fällen, wenn der Anteil kleiner als 4 % ist, setzt das Finanzministerium den Bonus auf eine Mindesthöhe fest, die 4 % des für diese Kommune individuellen Abbauschritts beträgt. Hätte die oben genannte Beispielkommune eine jährliche KEF-Zuweisung von 100.000 Euro, entspräche der Bonus (10.000 Euro) nur 0,2 % bezogen auf den zu erbringenden Abbauschritt i.H.v. 5 Mio. Euro. Hier würde die 4 % Regel angewendet und der Bonus auf 200.000 Euro angehoben werden (0,04 x 5 Mio. Euro).

Sofern der jährliche Abbauerfolg einer Kommune keinen ganzen Abbauschritt erreicht, kann ein halber Bonus oder kein Bonus zur Auszahlung kommen. Die Bedingungen werden im Folgenden beschrieben. Ein halber Bonus beträgt 5 % der KEF-Zuweisung, aber mindestens 2 % des normierten Abbauschritts.

Bei den nach Abzug des Sockelbetrages als antragsberechtigt bestimmten Verbandsgemeinden, die nicht am KEF-RP teilnehmen, wird grundsätzlich die 4-% bzw. 2 %-Regel angewandt.

Für die Feststellung, ob zum Vorjahr ein Schuldenabbau oder mindestens eine Stabilisierung stattgefunden hat, wird der individuelle Abbaupfad einer jeden Bonus-Kommune jährlich bewertet, der im Übrigen nicht dem Abbaupfad im Programm des KEF-RP entspricht. Dabei wird für jede Kommune ein individueller **Korridor** festgelegt, anhand dessen das Erreichte für eine mögliche Bonuszahlung begutachtet wird. Der individuelle Korridor besteht aus zwei Grenzen. Die Obergrenze entspricht dem Schuldenstand am 31.12.2016. Die Untergrenze liegt um einen gemeindespezifischen vollen Abbauschritt (50, 23 oder 27 €/EW, multipliziert mit der EW-Zahl) unter der Obergrenze. Im ersten Betrachtungsjahr des Programms wird der Liquiditätskredit je Einwohner am 31.12.2019 gemessen. Über den Vergleich des Korridors zu diesem Schuldenstand wird die Höhe des Bonus abgeleitet.

Für die Beispielkommune (kreisfreie Stadt) mit 100.000 Einwohnern, einem Schuldenstand von 500 Mio. Euro Ende 2016 und einem fixen individuellen Abbauschritt von 5 Mio. Euro (50 €/EW x 100.000 EW) ergeben sich daraus im ersten Förderjahr 2020 folgende Möglichkeiten:

	Liquiditätskredite in Mio. Euro	in Euro je EW	Erläuterung
Startwert für die Korridorobergrenze	500	5.000	Liquiditätskreditbestand zum 31.12. 2016
Korridoruntergrenze	495	4.950	entspricht der Obergrenze abzgl. Abbauschritt (50 €/EW)
Vergleich in 2019 für 1. Förderjahr 2020			Bonus:
Fallunterscheidung:			
a)	> 500	> 5.000	kein Bonus (Korridorobergrenze überschritten)
b)	≤ 500 und > 495	≤ 5.000 und > 4.950	halber Bonus (Stabilisierungsbereich im Korridor)
c)	≤ 495	≤ 4.950	voller Bonus (Bereich Schuldenabbau)

- a) Das Startjahr 2016 markiert die Korridorobergrenze. Liegen die Schulden zum 31. Dezember 2019 über dieser Obergrenze, erhält die Kommune **keinen Bonus**, denn sie hat ihren Kreditbestand nicht reduziert. Für das Folgejahr gilt der gleiche Korridor zwischen 5.000 €/EW und 4.950 €/EW.
- b) Liegt der Schuldenstand zwischen 4.950 €/EW und 5.000 €/EW, erhält die Kommune einen **halben Bonus**, da kein ganzer Abbauschritt erreicht wurde. Für das Folgejahr gilt der gleiche Korridor zwischen 5.000 €/EW und 4.950 €/EW.

- c) Erfolgt zum 31. Dezember 2019 mindestens ein Schuldenabbau in Höhe des individuellen Abbauschriffs – der Schuldenstand liegt unter 4.950 €/EW – erhält die Kommune den **vollen Bonus**. Für das Folgejahr wird der Korridor um einen Abbauschriff nach unten verschoben (neuer Korridor: 4.950 €/EW bis 4.900 €/EW).

Der Korridor wird nur dann nach unten verschoben, wenn ein ganzer Abbauschriff erreicht wurde. Die neue Obergrenze entspricht immer exakt der alten Untergrenze. Ist der Schuldenabbau zum Vorjahr so umfangreich, dass er mehrere Abbauschriffe umfasst, wird der Korridor nur um einen Abbauschriff nach unten gesetzt. Eine Kommune soll in den Folgejahren weiterhin die Möglichkeit haben, den vollen Bonus zu erreichen, auch wenn ihr Schuldenstand wieder bis zur letzten Untergrenze ansteigt.

1.5 Verfahren für den laufenden Vollzug des Stabilisierungs- und Abbaubonus

Nachdem eine Bonus-Kommune gegenüber dem Ministerium der Finanzen

- einmalig ihre gültige Erklärung zur Teilnahme am Programmabschnitt des Stabilisierungs- und Abbaubonus nach Nr. 1.3. bis zum **1. März 2019** erklärt hat,
- reicht sie bis zum **1. März 2020 einmalig** einen Antrag auf Gewährung einer Zuweisung für Entschuldungshilfen (Bonus) beim Ministerium der Finanzen ein. Folgeanträge sind nicht notwendig.

Auf dieser Grundlage ermittelt das Ministerium der Finanzen jährlich anhand der in diesem Leitfaden dargelegten Grundsätze die Zuweisung für Entschuldungshilfen (Bonus).

Das Ministerium der Finanzen teilt jeder Kommune jährlich ab dem **15. September** durch Bewilligungsbescheid die Höhe der Zuweisung für Entschuldungshilfen für das betreffende Haushaltsjahr mit. Die Auszahlungen der Zuweisungen für Entschuldungshilfen erfolgen jährlich ab dem **15. Oktober**, spätestens zum Jahresende.

Die Abwicklung des Bonusprogramms erfolgt durch die bewilligende Stelle (vgl. Nr. 4). Die Übermittlung von Schriftstücken und Dokumenten im elektronischen Schriftverkehr ist hinreichend.

1.5.1 Die Höhe der Zuweisung

Die Höhe des vollen und halben Bonus kann für jede Bonus-Kommune aus der **Anlage 2** entnommen werden. Die Ermittlung der Höhe und die Bedingungen der Auszahlungen sind in diesem Leitfaden unter Nr. B 1.4 dargelegt.

1.5.2 Finanzierung des Stabilisierungs- und Abbaubonus

Die Finanzierung des Stabilisierungs- und Abbaubonus erfolgt jeweils hälftig aus Landesmitteln und dem kommunalen Finanzausgleich.

2. Gegenstand der Förderung

Mit dem Bonusprogramm werden der Abbau und die Stabilisierung des statistisch messbaren Liquiditätskreditbestandes einschließlich Wertpapierschulden (lt. endgültiger Schuldenstatistik, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz) zum Vorjahr gefördert. Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich über eine Teilnahme.

3. Fördervoraussetzungen

Zu den Fördervoraussetzungen gehört zunächst, dass eine Kommune gemäß **Anlage 2** als antragsberechtigt für den Stabilisierungs- und Abbaubonus gilt. Darüber hinaus hat die Kommune bis zum 1. März 2019 gegenüber dem Ministerium der Finanzen ihre Teilnahme am Stabilisierungs- und Abbaubonus zu erklären und stellt einmalig einen Bewilligungsantrag, der spätestens bis zum 1. März 2020 beim Ministerium der Finanzen eingegangen sein muss.

4. Bewilligende Stelle

Die Teilnahmeerklärung und der einmalige Antrag auf Zuweisungen für Boni (Entschuldungshilfe) werden in den genannten Fristen per E-Mail an das Ministerium der Finanzen (Kontakt: Aktionsprogramm.Kommune@fm.rlp.de) übermittelt.

Allgemeines (Teil C)

Die erläuternden Angaben unter Teil C, Punkt 1 bis 3, gelten für den Zinssicherungsschirm (Teil A) und das Bonusprogramm (Teil B) gleichermaßen:

1. Zuständigkeit

Im Einvernehmen mit dem für die kommunalen Angelegenheiten zuständigen Ministerium wird das für die Finanzen zuständige Ministerium als bewilligende Stelle benannt.

2. Haushaltsrechtliche Abwicklung

Die jährlichen Zuweisungen aus dem Aktionsprogramm (Landesmittel und Mittel des kommunalen Finanzausgleichs) sind dem Posten 2 des Ergebnis- und des Finanzhaushaltes bzw. der Ergebnis- und der Finanzrechnung zuzuordnen und wie folgt darzustellen:

Förderabschnitt	Veranschlagung / Buchung	Produktgruppe	Kontierung	
			Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
Zinssicherungsschirm	Schuldendiensthilfe	612	4184	6184
Stabilisierungs- und Abbaubonus	sonstige allgemeine Zuweisung	611	4132	6132

3. Gebietsänderungen

Während der Programmlaufzeit des Zinssicherungsschirms (2019-2028) und des Bonusprogramms (2020-2028) können Zusammenlegungen von Kommunen stattfinden. Die Rechtsnachfolgerin kann entsprechend der Grundsätze des Aktionsprogramms des Landes gefördert werden. Eine Berücksichtigung wird im Einzelfall geprüft.

Anlagen

Anlage 1 Teilnahmeberechtigte Kommunen für den Zinssicherungsschirm

Anlage 2 Teilnahmeberechtigte Kommunen für den Stabilisierungs- und Abbaubonus

Anlage 1 – Zinssicherungsschirm RP

	Gemeinde / Gemeindeverband	Kreditdeckel	Kontingente				maximaler Zinszuschuss
			2028	2027	2026	2025	
			in Euro				
kfr.St.	Trier, kreisfreie Stadt	298.620.668	99.540.223	99.540.223	99.540.223	variabel	1.493.103
kfr.St.	Frankenthal (Pfalz), kreisfreie Stadt	90.746.305	30.248.768	30.248.768	30.248.768	variabel	453.732
kfr.St.	Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	417.314.496	139.104.832	139.104.832	139.104.832	variabel	2.086.572
kfr.St.	Landau in der Pfalz, kreisfreie Stadt	15.666.613	5.222.204	5.222.204	5.222.204	variabel	78.333
kfr.St.	Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt	420.532.009	140.177.336	140.177.336	140.177.336	variabel	2.102.660
kfr.St.	Mainz, kreisfreie Stadt	326.860.072	108.953.357	108.953.357	108.953.357	variabel	1.634.300
kfr.St.	Pirmasens, kreisfreie Stadt	238.757.029	79.585.676	79.585.676	79.585.676	variabel	1.193.785
kfr.St.	Speyer, kreisfreie Stadt	51.352.921	17.117.640	17.117.640	17.117.640	variabel	256.765
kfr.St.	Worms, kreisfreie Stadt	178.663.573	59.554.524	59.554.524	59.554.524	variabel	893.318
kfr.St.	Zweibrücken, kreisfreie Stadt	130.620.464	43.540.155	43.540.155	43.540.155	variabel	653.102
LK	Landkreis Bad Kreuznach	43.979.262	14.659.754	14.659.754	14.659.754	variabel	219.896
LK	Landkreis Birkenfeld	65.246.193	21.748.731	21.748.731	21.748.731	variabel	326.231
LK	Landkreis Neuwied	51.757.433	17.252.478	17.252.478	17.252.478	variabel	258.787
LK	Landkreis Vulkaneifel	24.926.272	8.308.757	8.308.757	8.308.757	variabel	124.631
LK	Landkreis Alzey-Worms	39.329.146	13.109.715	13.109.715	13.109.715	variabel	196.646
LK	Landkreis Bad Dürkheim	46.448.662	15.482.887	15.482.887	15.482.887	variabel	232.243
LK	Landkreis Donnersbergkreis	37.439.539	12.479.846	12.479.846	12.479.846	variabel	187.198
LK	Landkreis Germersheim	18.029.470	6.009.823	6.009.823	6.009.823	variabel	90.147
LK	Landkreis Kaiserslautern	120.346.978	40.115.659	40.115.659	40.115.659	variabel	601.735
LK	Landkreis Kusel	104.395.990	34.798.663	34.798.663	34.798.663	variabel	521.980
vfr.Gem.	Grafschaft	2.093.745	697.915	697.915	697.915	variabel	10.469
vfr.Gem.	Kirm, Stadt	8.508.870	2.836.290	2.836.290	2.836.290	variabel	42.544
vfr.Gem.	Idar-Oberstein, große kreisangehörige Stadt	64.880.253	21.626.751	21.626.751	21.626.751	variabel	324.401
vfr.Gem.	Andernach, große kreisangehörige Stadt	3.159.975	1.053.325	1.053.325	1.053.325	variabel	15.800
vfr.Gem.	Mayen, große kreisangehörige Stadt	28.786.875	9.595.625	9.595.625	9.595.625	variabel	143.934
vfr.Gem.	Bendorf, Stadt	9.758.343	3.252.781	3.252.781	3.252.781	variabel	48.792
vfr.Gem.	Neuwied, große kreisangehörige Stadt	46.769.961	15.589.987	15.589.987	15.589.987	variabel	233.850
vfr.Gem.	Lahnstein, große kreisangehörige Stadt	8.861.791	2.953.930	2.953.930	2.953.930	variabel	44.309
vfr.Gem.	Grünstadt, Stadt	439.725	146.575	146.575	146.575	variabel	2.199
vfr.Gem.	Germersheim, Stadt	4.668.008	1.556.003	1.556.003	1.556.003	variabel	23.340
VG	Verbandsgemeinde Bad Breisig	3.972.458	1.324.153	1.324.153	1.324.153	variabel	19.862
VG	Verbandsgemeinde Flammersfeld	2.400.595	800.198	800.198	800.198	variabel	12.003
VG	Verbandsgemeinde Hamm (Sieg)	4.329.688	1.443.229	1.443.229	1.443.229	variabel	21.648
VG	Verbandsgemeinde Kirchen (Sieg)	881.945	293.982	293.982	293.982	variabel	4.410
VG	Verbandsgemeinde Wissen	26.021.290	8.673.763	8.673.763	8.673.763	variabel	130.106
VG	Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain	30.830.952	10.276.984	10.276.984	10.276.984	variabel	154.155
VG	Verbandsgemeinde Bad Kreuznach	1.342.093	447.364	447.364	447.364	variabel	6.710
VG	Verbandsgemeinde Meisenheim	5.314.916	1.771.639	1.771.639	1.771.639	variabel	26.575
VG	Verbandsgemeinde Baumholder	3.507.145	1.169.048	1.169.048	1.169.048	variabel	17.536
VG	Verbandsgemeinde Birkenfeld	14.449.822	4.816.607	4.816.607	4.816.607	variabel	72.249
VG	Verbandsgemeinde Kaisersesch	882.430	294.143	294.143	294.143	variabel	4.412
VG	Verbandsgemeinde Ulmen	9.072.810	3.024.270	3.024.270	3.024.270	variabel	45.364
VG	Verbandsgemeinde Pellenz	670.430	223.477	223.477	223.477	variabel	3.352
VG	Verbandsgemeinde Maifeld	3.812.270	1.270.757	1.270.757	1.270.757	variabel	19.061
VG	Verbandsgemeinde Vallendar	2.960.075	986.692	986.692	986.692	variabel	14.800
VG	Verbandsgemeinde Bad Hönningen	19.353.390	6.451.130	6.451.130	6.451.130	variabel	96.767
VG	Verbandsgemeinde Linz am Rhein	142.020	47.340	47.340	47.340	variabel	710
VG	Verbandsgemeinde Unkel	9.193.873	3.064.624	3.064.624	3.064.624	variabel	45.969
VG	Verbandsgemeinde Bad Ems	4.484.894	1.494.965	1.494.965	1.494.965	variabel	22.424
VG	Verbandsgemeinde Diez	1.150.624	383.541	383.541	383.541	variabel	5.753
VG	Verbandsgemeinde Loreley	10.907.131	3.635.710	3.635.710	3.635.710	variabel	54.536
VG	Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues	1.063.835	354.612	354.612	354.612	variabel	5.319
VG	Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf	14.823.677	4.941.226	4.941.226	4.941.226	variabel	74.118
VG	Verbandsgemeinde Traben-Trarbach	5.466.315	1.822.105	1.822.105	1.822.105	variabel	27.332
VG	Verbandsgemeinde Arzfeld	9.579.450	3.193.150	3.193.150	3.193.150	variabel	47.897
VG	Verbandsgemeinde Südeifel	10.801.411	3.600.470	3.600.470	3.600.470	variabel	54.007
VG	Verbandsgemeinde Speicher	2.575.175	858.392	858.392	858.392	variabel	12.876
VG	Verbandsgemeinde Bitburger Land	1.491.874	497.291	497.291	497.291	variabel	7.459
VG	Verbandsgemeinde Daun	3.972.840	1.324.280	1.324.280	1.324.280	variabel	19.864
VG	Verbandsgemeinde Gerolstein	1.408.455	469.485	469.485	469.485	variabel	7.042
VG	Verbandsgemeinde Obere Kyll	6.526.192	2.175.397	2.175.397	2.175.397	variabel	32.631
VG	Verbandsgemeinde Hermeskeil	8.097.080	2.699.027	2.699.027	2.699.027	variabel	40.485
VG	Verbandsgemeinde Kell am See	1.824.968	608.323	608.323	608.323	variabel	9.125
VG	Verbandsgemeinde Konz	4.091.710	1.363.903	1.363.903	1.363.903	variabel	20.459
VG	Verbandsgemeinde Ruwer	163.220	54.407	54.407	54.407	variabel	816
VG	Verbandsgemeinde Saarburg	7.319.935	2.439.978	2.439.978	2.439.978	variabel	36.600
VG	Verbandsgemeinde Deidesheim	2.518.258	839.419	839.419	839.419	variabel	12.591
VG	Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz)	941.869	313.956	313.956	313.956	variabel	4.709
VG	Verbandsgemeinde Leiningerland	17.180.930	5.726.977	5.726.977	5.726.977	variabel	85.905
VG	Verbandsgemeinde Lambrecht (Pfalz)	31.969.479	10.656.493	10.656.493	10.656.493	variabel	159.847
VG	Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel	11.634.320	3.878.107	3.878.107	3.878.107	variabel	58.172
VG	Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz)	32.428.254	10.809.418	10.809.418	10.809.418	variabel	162.141
VG	Verbandsgemeinde Göllheim	17.904.283	5.968.094	5.968.094	5.968.094	variabel	89.521
VG	Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden	7.831.440	2.610.480	2.610.480	2.610.480	variabel	39.157

	Gemeinde / Gemeindeverband	Kreditdeckel	Kontingente				maximaler Zinszuschuss
			2028	2027	2026	2025	
			in Euro				
VG	Verbandsgemeinde Rockenhausen	25.878.216	8.626.072	8.626.072	8.626.072	variabel	129.391
VG	Verbandsgemeinde Winnweiler	5.021.345	1.673.782	1.673.782	1.673.782	variabel	25.107
VG	Verbandsgemeinde Jockgrim	3.446.770	1.148.923	1.148.923	1.148.923	variabel	17.234
VG	Verbandsgemeinde Lingenfeld	8.565.225	2.855.075	2.855.075	2.855.075	variabel	42.826
VG	Verbandsgemeinde Rülzheim	10.407.792	3.469.264	3.469.264	3.469.264	variabel	52.039
VG	Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau	15.541.022	5.180.341	5.180.341	5.180.341	variabel	77.705
VG	Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn	34.321.328	11.440.443	11.440.443	11.440.443	variabel	171.607
VG	Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd	9.145.420	3.048.473	3.048.473	3.048.473	variabel	45.727
VG	Verbandsgemeinde Landstuhl	15.910.609	5.303.536	5.303.536	5.303.536	variabel	79.553
VG	Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg	11.464.739	3.821.580	3.821.580	3.821.580	variabel	57.324
VG	Verbandsgemeinde Kusel- Altenglan	33.611.522	11.203.841	11.203.841	11.203.841	variabel	168.058
VG	Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein	25.734.865	8.578.288	8.578.288	8.578.288	variabel	128.674
VG	Verbandsgemeinde Oberes Glantal	32.286.976	10.762.325	10.762.325	10.762.325	variabel	161.435
VG	Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels	6.505.865	2.168.622	2.168.622	2.168.622	variabel	32.529
VG	Verbandsgemeinde Rhein-Nahe	3.534.805	1.178.268	1.178.268	1.178.268	variabel	17.674
VG	Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein	1.817.140	605.713	605.713	605.713	variabel	9.086
VG	Verbandsgemeinde Rhein-Selz	10.792.902	3.597.634	3.597.634	3.597.634	variabel	53.965
VG	Verbandsgemeinde Dahner Felsenland	4.693.829	1.564.610	1.564.610	1.564.610	variabel	23.469
VG	Verbandsgemeinde Pirmasens-Land	2.750.040	916.680	916.680	916.680	variabel	13.750
VG	Verbandsgemeinde Rodalben	2.233.555	744.518	744.518	744.518	variabel	11.168

05.10.2018

Anlage 2 – Stabilisierungs- und Abbaubonus RP

	Gemeinde / Gemeindeverband	Abbauschritt je Einwohner	individueller Abbauschritt	KEF- Zuweisung	voller Bonus ¹	halber Bonus ²
in Euro						
kfr.St.	Trier, kreisfreie Stadt	50	5.459.850	8.787.475	878.748	439.374
kfr.St.	Frankenthal (Pfalz), kreisfreie Stadt	50	2.425.150	3.207.269	320.727	160.363
kfr.St.	Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	50	4.944.700	16.797.203	1.679.720	839.860
kfr.St.	Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt	50	8.285.400	20.689.256	2.068.926	1.034.463
kfr.St.	Mainz, kreisfreie Stadt	50	10.618.750	21.089.681	2.108.968	1.054.484
kfr.St.	Pirmasens, kreisfreie Stadt	50	2.010.750	6.628.135	662.814	331.407
kfr.St.	Speyer, kreisfreie Stadt	50	2.537.200	3.565.210	356.521	178.261
kfr.St.	Worms, kreisfreie Stadt	50	4.104.850	6.759.075	675.908	337.954
kfr.St.	Zweibrücken, kreisfreie Stadt	50	1.726.700	3.538.156	353.816	176.908
LK	Landkreis Bad Kreuznach	23	3.619.786	2.767.482	276.748	138.374
LK	Landkreis Birkenfeld	23	1.861.597	2.045.211	204.521	102.261
LK	Landkreis Neuwied	23	4.171.073	4.038.216	403.822	201.911
LK	Landkreis Vulkaneifel	23	1.396.514	1.534.348	153.435	76.717
LK	Landkreis Alzey-Worms	23	2.942.482	2.104.325	210.433	105.216
LK	Landkreis Bad Dürkheim	23	3.053.917	2.723.005	272.301	136.150
LK	Landkreis Donnersbergkreis	23	1.731.854	1.551.534	155.153	77.577
LK	Landkreis Kaiserslautern	23	2.425.327	4.093.917	409.392	204.696
LK	Landkreis Kusel	23	1.636.289	2.992.183	299.218	149.609
vfr.Gem.	Kirn, Stadt	27	221.211	171.665	17.167	8.583
vfr.Gem.	Idar-Oberstein, große kreisangehörige Stadt	27	767.691	1.090.417	109.042	54.521
vfr.Gem.	Mayen, große kreisangehörige Stadt	27	510.138	308.851	30.885	15.443
vfr.Gem.	Bendorf, Stadt	27	454.545	315.032	31.503	15.752
vfr.Gem.	Neuwied, große kreisangehörige Stadt	27	1.746.306	1.542.174	154.217	77.109
vfr.Gem.	Lahnstein, große kreisangehörige Stadt	27	485.730	785.743	78.574	39.287
VG	Verbandsgemeinde Wissen	27	405.378	0	16.215	8.108
VG	Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain	27	702.270	0	28.091	14.045
VG	Verbandsgemeinde Meisenheim	27	210.195	67.255	8.408	4.204
VG	Verbandsgemeinde Birkenfeld	27	547.884	181.067	21.915	10.958
VG	Verbandsgemeinde Ulmen	27	298.242	0	11.930	5.965
VG	Verbandsgemeinde Bad Hönningen	27	320.598	0	12.824	6.412
VG	Verbandsgemeinde Unkel	27	353.862	0	14.154	7.077
VG	Verbandsgemeinde Loreley	27	454.410	6.421	18.176	9.088
VG	Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf	27	195.723	175.415	17.542	8.771
VG	Verbandsgemeinde Arzfeld	27	255.096	191.917	19.192	9.596
VG	Verbandsgemeinde Südeifel	27	516.321	511.749	51.175	25.587
VG	Verbandsgemeinde Obere Kyll	27	230.931	308.939	30.894	15.447
VG	Verbandsgemeinde Hermeskeil	27	397.656	0	15.906	7.953
VG	Verbandsgemeinde Leiningerland	27	287.226	0	11.489	5.745
VG	Verbandsgemeinde Lambrecht (Pfalz)	27	328.617	179.601	17.960	8.980
VG	Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel	27	181.629	48.585	7.265	3.633
VG	Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz)	27	356.292	22.901	14.252	7.126
VG	Verbandsgemeinde Göllheim	27	320.139	204.467	20.447	10.223
VG	Verbandsgemeinde Rockenhausen	27	293.949	19.727	11.758	5.879
VG	Verbandsgemeinde Rülzheim	27	403.137	52.958	16.125	8.063
VG	Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau	27	283.527	104.580	11.341	5.671
VG	Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn	27	526.041	200.440	21.042	10.521
VG	Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd	27	290.844	0	11.634	5.817
VG	Verbandsgemeinde Landstuhl	27	412.722	169.883	16.988	8.494
VG	Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg	27	508.248	0	20.330	10.165
VG	Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan	27	623.565	205.965	33.585	16.792
VG	Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein	27	504.549	183.204	20.182	10.091
VG	Verbandsgemeinde Oberes Glantal	27	792.747	75.241	31.710	15.855

1) voller Bonus: MAX (0,1 x KEF-Zuweisung; 0,04 x Abbauschritt)

2) 0,5 x voller Bonus

05.10.2018

Erklärung zur Teilnahme am
Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz

der / des

Verbandsgemeinde / verbandsfreien Gemeinde / großen kreisangehörigen
Stadt / kreisfreien Stadt / Landkreises

.....

vertreten durch

.....

§ 1
Erklärung zur Teilnahme

In Anerkennung der im Leitfaden für das Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz zum Zinssicherungsschirm festgelegten Fördervoraussetzungen und Regelungen erklärt die/der Unterzeichner/-in die Teilnahme der durch sie/ihn vertretenen kommunalen Gebietskörperschaft am Zinssicherungsschirm beginnend mit dem Jahr 2019. Sofern der Leitfaden künftigen Änderungen unterworfen ist, wird dies von der Kommune anerkannt.

Der teilnehmenden Kommune werden Zuweisungen für Zinshilfen zur Reduzierung der Zinsausgabenlast und Erhöhung der Planungssicherheit für den kommunalen Haushalt aus dem Zinssicherungsschirm in Aussicht gestellt.

Insbesondere unter der Voraussetzung der jährlichen Übermittlung des Liquiditätskreditportfolios sowie der entsprechenden Vertragsunterlagen zu den Einzelpositionen gemäß den Bestimmungen des Leitfadens erfolgt die Bewilligung von Zuweisungen für Zinshilfen auf den einmalig zu stellenden Antrag der teilnehmenden Kommune.

§ 2
Förderfähiges Kreditvolumen

Mit dieser Teilnahmeerklärung wird von der Kommune das vom Land ermittelte förderfähige Kreditvolumen gemäß den Angaben des Leitfadens, insb. Anlage 1, anerkannt.

§ 3
Ausscheiden aus dem Zinssicherungsschirm

Um aus dem Programm vorzeitig auszuscheiden, ist keine Kündigung erforderlich. Sobald das jährlich zu liefernde aktualisierte Liquiditätskreditportfolio der teilnehmenden Kommune bei der bewilligenden Stelle, dem Ministerium der Finanzen, nicht vollständig und fristgerecht eingeht, endet die Förderung unter dem Zinssicherungsschirm.

Nach dem erstmaligen Ausbleiben der fristgerechten Übermittlung des Liquiditätskreditportfolios ist eine Wiederaufnahme in die Förderung unter dem Zinssicherungsschirm nicht mehr möglich.

Ort, Datum

.....
Bürgermeister/-in
Oberbürgermeister/-in
Landrat/Landrätin

Erklärung zur Teilnahme am
Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz

der / des

Verbandsgemeinde / verbandsfreien Gemeinde / großen kreisangehörigen
Stadt / kreisfreien Stadt / Landkreises

.....

vertreten durch

.....

§ 1
Erklärung zur Teilnahme

In Anerkennung der im Leitfaden für das Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz zum Stabilisierungs- und Abbaubonus festgelegten Fördervoraussetzungen und Regelungen erklärt die/der Unterzeichner/-in die Teilnahme der durch sie/ihn vertretenen kommunalen Gebietskörperschaft am Bonusprogramm beginnend mit dem Jahr 2020. Sofern der Leitfaden künftigen Änderungen unterworfen ist, wird dies von der Kommune anerkannt.

Der teilnehmenden Kommune werden Zuweisungen für Entschuldungshilfen (Boni) zur Stabilisierung und für den Abbau ihres Bestands an Liquiditätskrediten aus dem Stabilisierungs- und Abbaubonus gemäß den Ausführungen des Leitfadens in Aussicht gestellt.

Bei Erfüllung der im Leitfaden genannten Fördervoraussetzungen erfolgt die Bewilligung von Zuweisungen für Tilgungshilfen unter dem Bonusprogramm auf den einmalig zu stellenden Antrag der teilnehmenden Kommune.

§ 2
Höhe des Bonus

Mit dieser Teilnahmeerklärung werden von der Kommune die vom Land ermittelten Boni gemäß den Angaben des Leitfadens, insb. Anlage 2, anerkannt.

§ 3
Ausscheiden aus dem Stabilisierungs- und Abbaubonus

Das vorzeitige Ausscheiden aus dem Stabilisierungs- und Abbaubonus und der Verzicht auf Erhalt eines Bonus kann gegenüber der bewilligenden Stelle, dem Ministerium der Finanzen, jederzeit mit formlosem Schreiben des Bürgermeisters/Oberbürgermeisters/Landrates erklärt werden.

Nach dem erstmaligen Ausscheiden ist eine Wiederaufnahme in die Förderung unter dem Bonusprogramm nicht mehr möglich.

Ort, Datum

.....
Bürgermeister/-in
Oberbürgermeister/-in
Landrat/Landrätin

Anlage Bewilligungsantrag Zinssicherungsschirm
Ministerium der Finanzen

Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde
--

Ort, Datum

Antrag
auf Gewährung einer Zuweisung für Zinshilfen unter dem
„Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz“
der / des
Verbandsgemeinde / verbandsfreien Gemeinde / großen kreisangehörigen Stadt /
kreisfreien Stadt / Landkreises

.....

Betreff: - Vollzug des Zinssicherungsschirms Rheinland-Pfalz
- Teilnahmeerklärung vom _____

1. Antragsteller

Name (ggf. mit Angabe des Landkreises)
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Bankverbindung (IBAN, BIC, Geldinstitut)
Ansprechpartner	Telefon / E-Mail
.....

2. Maßnahme

Gewährung einer Zuweisung für Zinshilfen gemäß den im Leitfaden für das Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz festgehaltenen Regeln zum Zinssicherungsschirm.

Haushaltsjahre für die die Zuweisungen beantragt werden: 2019 bis 2028

3. Anlagen

Gesamtes Liquiditätskreditportfolio einschließlich verbundener Derivate in Form des einheitlichen Schemas zum Stichtag 31.12.2018. Für die Folgejahre ist das aktualisierte Liquiditätskreditportfolio des Vorjahres jeweils fristgerecht dem Ministerium der Finanzen zu übermitteln (vgl. Leitfaden).

Die Antragstellung und Übermittlung des Liquiditätskreditportfolios umfasst darüber hinaus die Vorlage der Vertragsunterlagen zu den Einzelpositionen (Kredite und Derivate).

4. Erklärung

Bezüglich der Angaben wird versichert, dass sie die tatsächlichen Verhältnisse zutreffend wiedergeben.

Ort, Datum

.....
Bürgermeister/-in
Oberbürgermeister/-in
Landrat/Landrätin

Anlage Bewilligungsantrag Stabilisierungs- und Abbaubonus
Ministerium der Finanzen

Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde
--

Ort, Datum

Antrag
auf Gewährung einer Zuweisung für Entschuldungshilfen unter dem
„Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz“
der / des
Verbandsgemeinde / verbandsfreien Gemeinde / großen kreisangehörigen Stadt /
kreisfreien Stadt / Landkreises

.....

Betreff: - Vollzug des Stabilisierungs- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz
- Teilnahmeerklärung vom _____

1. Antragsteller

Name (ggf. mit Angabe des Landkreises)
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Bankverbindung (IBAN, BIC, Geldinstitut)
Ansprechpartner	Telefon / E-Mail
.....

2. Maßnahme

Gewährung einer Zuweisung für Entschuldungshilfen gemäß den im Leitfaden für das Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz festgehaltenen Regeln zum Stabilisierungs- und Abbaubonus.

Haushaltsjahre für die die Zuweisungen beantragt werden: 2020 bis 2028

3. Erklärung

Mit der Antragstellung auf Gewährung einer Zuweisung unter dem Stabilitäts- und Abbaubonus Rheinland-Pfalz erkennt der Antragsteller die von der bewilligenden Stelle (Ministerium der Finanzen) zur Ermittlung der Zuweisung verwendeten Datengrundlagen an.

Ort, Datum

.....
Bürgermeister/-in
Oberbürgermeister/-in
Landrat/Landrätin